

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Milch-Chocolade No. 600.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Geographische Anstalt:
Marienstraße 38/40.

Begleitblätter
überhaupt für Dresdner bei täglich zweimaliger Zustellung (in Dresden und Umgebung) nur einmal 2 50 Pf., sonst zweimalig 3 50 Pf. bei einmaliger Zustellung durch die Post 4 50 Pf. (einschl. Porto). Die von Berlin von Dresden u. Umgebung an Tage zweimalig per Bahn nach Dresden gehen erhalten ebenfalls zweimaligen Brief mit der Morgen- und Abendausgabe zusammen 4 50 Pf. (einschl. Porto). Tagesausgabe (einschl. Porto) 2 50 Pf. — Überlange Briefe werden nicht aufgegeben.

Anzeigen-Zeit
Anzeigen von 10 Uhr bis 12 Uhr, Sonntags von 10 Uhr bis 12 Uhr. Die Anzeigen-Zeit beginnt am 1. Oktober 1907. Die Anzeigen-Zeit ist für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908. Die Anzeigen-Zeit ist für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908. Die Anzeigen-Zeit ist für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Ullrichs Pianinos

sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1. Pilsnische Straße 1 (am Pilsnischen Platz).

KLEINE KIDS
Beliebteste $2\frac{1}{2}$ Pfg. Cigarette

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ bei täglich 2 maliger Zustellung für Briesnitz, Cossebaude, Cotta, Gohlis, Kemnitz, Leutewitz, Mobschatz, Ockerwitz, Omsewitz und Stetzsch sowie Inserate nimmt entgegen Otto Kunath, Cotta, Hamburger Str. 66.

Für eilige Leser.

Kutmaßliche Witterung: Warm, heiter.
Der Großherzog von Baden hat den gestrigen Tag ruhig verbracht.
Reuter meldet, die Gräfin Montignoso sei gestern mit Toffoli in London die Ehe eingegangen.
Der Führer des 7. Armee-Korps während der letzten Kaisermandor, General Freiherr v. Bissing, tritt vom aktiven Dienst zurück.
Der französische Handelsminister Caillaux traf in Berlin ein.
Das Zentrum will die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zum preussischen Landtag beantragen.
Rußland will eine neue 100 Millionen-Anleihe bei europäischen Banken aufnehmen.
Die rabulische Presse in Budapest fordert die sofortige Kriegserklärung an Rumänien.
Die Hüttenarbeiter in Verviers erklärten den Generalstreik.
Der Internationale Kongress für Seerecht wurde gestern in Venedig eröffnet.
Der bekannte Luftschiffer Major v. Parveval hält die Entdeckung des Nordpols im Luftballon für fast ausgemacht.
Der wegen des Mordes im Effener Stadtwalde angeklagte Alfred Land wurde vom Schwurgericht in Essen freigesprochen.
Beim Streik der Möbeltransporteure in München kam es zu ersten Unruhen.
Zwei Schnellzüge der Linie Paris—Cherbourg stießen in einem Tunnel zusammen.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Ausgleich und kein Ende! Die Minister reisen zwischen Wien und Budapest hin und her, eine Konferenz folgt der anderen und zu guter Letzt versichern die Budapestener Offiziere, daß alles vergeblich gewesen sei, brechen aber nicht schlantweg alle Brücken ab, sondern denken an, daß die Verhandlungen in kurzer Frist wieder aufgenommen würden. Die Sache hängt dann also von vorn wieder an und es vollzieht sich daselbe Spiel, dessen einzelne Phasen von der Presse in Eis- und Transleithanien mit einer endlosen Kette ungeheurer langer und ungeheurer langweiliger Leitartikel begleitet werden. Dabei pflegt die wesentlich schärfere Tonart auf Seiten der Magyaren vorzuherrschen. Insbesondere geht die gefühlvolle Schwarzmalerei, die wegen ihrer einzelnen Frage aus dem ganzen Bündel von Materien, das sich auf den Ausgleich bezieht, ein Grundstange der Aktion in übertriebener Weise vor Augen geführt und eine künstliche Zwangslage für die ungarische Regierung konstruiert werden, um dieser eine „Entschuldigung“ bei der nationalradikalen Mehrheit im Parlament zu verschaffen, wenn sie schließlich geringe Zugeständnisse an Oesterreich machen muß, um die kolossalen Vorteile des Ausgleichs dem ungarischen Staate zu erhalten.
Der Nutzen, den Ungarn aus der staatlichen Gemeinschaft mit Oesterreich zieht, ist so erheblich, daß man sich nur das verwundern kann, wie es möglich ist, daß die Magyaren durch das Wüten gegen den Ausgleich so sehr gegen ihre eigene Interesse verstoßen können und daß auf Seiten der Wiener Regierung bisher verhältnismäßig so wenig Energie bei der Vertretung des österreichischen Standpunktes zu finden gewesen ist. Das Gemeinschaftsverhältnis zwischen den beiden Reichshälften bezieht sich nicht bloß auf das Heer — es bezieht lediglich eine besondere ungarische Landwehr, die Honvedarmee —, sondern auch auf die gesamte auswärtige Politik und auf die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen, deren Regelung insbesondere durch den jedesmal auf 10 Jahre gültigen Ausgleich erfolgt. Zum erstenmal wurde der Ausgleich im Jahre 1867 abgeschlossen. Im Jahre 1877 vollzog sich die Erneuerung noch glatt, schon 1887 aber stellten sich die ersten Schwierigkeiten ein, die dann 1897 noch erheblich wuchsen und sich in diesem Jahre weiter gesteigert haben, in eben dem Maße, wie die rabulische Trennungsbewegung in Ungarn überhaupt Oberwasser bekommen hat.
Im einzelnen betreffen die Ausgleichsvorlagen das Zoll- und Handelsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn, das die Magyaren zur Vorbereitung der vollständigen Trennung in einen bloßen Handelsvertrag umgewandelt

wissen wollen, die Regelung des beiderseitigen Verzehrungssteuerwesens — Erhebung und Verteilung der Abgaben auf Spiritus, Petroleum, Getränke und Konsumwaren —, des Veterinärwesens, der Eisenbahnarbeit, der Verwendung der Zolleinnahmen zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben, und endlich der Quote und der Währung. Die Quote und die Währungsfrage, die zurzeit durch die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank in einer für Ungarn höchst vorteilhaften Weise geregelt wird, bilden augenblicklich die beiden größten Steine des Anstoßes. Die Quotenfrage bezieht sich auf die Entscheidung darüber, welchen Bruchteil (Quote) Oesterreich und Ungarn an den gemeinsamen Ausgaben beitragen sollen. Gemeinsam für beide Staaten sind die Ausgaben in allen Angelegenheiten, die von den Ministerien des Aeußeren, des Krieges und der Finanzen ressortieren. In erster Linie kommen hierfür die Zolleinnahmen in Betracht, bei deren Verteilung Oesterreich insofern stark benachteiligt wird, als davon die volle Hälfte den Magyaren zugute kommt, obwohl Ungarn nur 20, Oesterreich dagegen 80 Prozent der gesamten Zolleinnahmen aufbringt. Für den hierdurch noch nicht gedeckten Teil der gemeinsamen Ausgaben werden Militärbeiträge erhoben, und zwar nach einer Quote, — 65,8 Prozent für Oesterreich und 34,2 Prozent für Ungarn —, die wiederum Transleithanien wesentlich begünstigt. Die Wiener Regierung verlannt nun mit vollem Recht, daß Ungarn eine Erhöhung der Quote für seinen Anteil angesehen soll, um dadurch eine immer noch sehr bescheidene Kompensation für den erheblichen Nutzen zu schaffen, den es aus der für Oesterreich so sehr ungünstigen Verteilung der Zolleinnahmen zieht. Unter normalen Verhältnissen würde eine so gerechte Forderung sich ohne große Schwierigkeiten durchsetzen lassen. In Budapest aber fährt man dagegen das schwerste Geschütz auf und tut so, als hinge davon der finanzielle Bestand des ungarischen Staatswesens ab. Noch widerständiger ist die Haltung der Magyaren in der Bankfrage. Das Privilegium der österreichisch-ungarischen Notenbank, das mit der Gemeinschaft der beiderseitigen Zollgebühren in Zusammenhang steht und von dieser abhängig ist, bedarf in gewissen Zeiträumen ebenso wie der Ausgleich einer Erneuerung. Ein solcher Augenblick ist jetzt gekommen. Obwohl nun der ungarische Staat aus den gut fundierten österreichischen Wirtschaft, und Selbstverhältnissen mittels des Kreditregulators der gemeinsamen Bank den größtmöglichen Nutzen zieht, obwohl der ungarischen Währung, die allein wegen der wirtschaftlichen Schwäche Ungarns mehr oder weniger in der Luft schweben würde, durch die gemeinsame Bank erst der elementare feste Saft gegeben wird, ist doch gegen den Weiterbestand des Instituts von magyarischer Seite eine Agitation entfaltet worden, an deren unfruchtbarer Festigkeit sich der Grad des Unverstandes erweisen läßt, der den ungarischen Nationalradikalismus befeuert. Diesen Elementen ist eben selbst der wirtschaftliche Bestand des eigenen Landes gefehlt, sobald es sich um die Befriedigung ihrer verbündeten nationalen Bedürfnisse handelt. Inzwischen scheint noch in letzter Stunde bei den leitenden ungarischen Kreisen die Vernunft in der Bankfrage obgesiegt zu haben. Wenigstens werden die jüngsten Erklärungen des Grafen Apponyi über die Unmöglichkeit, bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes die Mittel für eine selbständige ungarische Bank zu beschaffen, in Wien dahin aufgefaßt, daß der Fortbestand der gemeinsamen Bank nunmehr gesichert sei.
Ob freilich der Ausgleich in seiner Gesamtheit ebenfalls zustande kommen wird, ist damit noch keineswegs gesagt. Die Quote wird möglicherweise durch kaiserliche Verordnung in der bisherigen Höhe weiter festgesetzt, während in den übrigen Punkten unbedingt sowohl die Uebereinstimmung der Regierungen wie die Zustimmung der beiderseitigen Parlamente notwendig ist. Gerade die Parlamente bilden aber die eigentliche Seele der Schwierigkeiten. In Ungarn steht der Regierung in drohender Haltung der nationale Radikalismus gegenüber, der überhaupt keinen Ausgleich mehr bewilligen will und von der wirtschaftlichen Selbständigmachung des Landes die Bildung einer eigenen Industrie erwartet, nach dem Vorgange Amerikas, das ja tatsächlich durch seine Hochschuttpolitik eine nationale Industrie quasi aus dem Boden gestampft hat, dessen gewaltige, natürliche Hülfsquellen aber auch den Magyaren nicht zu Gebote stehen. Umgekehrt ist auf österreichischer Seite augenblicklich alle Neigung erloschen, den ungarischen Annahmen und Ueberforderungen noch irgendwie weiter entgegenzukommen. Der christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Rueger hat in diesen Tagen die parlamentarische Situation mit kurzen, sehr scharfen und bestimmten

Worten dahin gekennzeichnet, daß der Ausgleich entweder überhaupt nicht wieder oder in einer für Oesterreich zweifellos günstigen Form bewilligt werden. Christlich-Soziale, Liberale und Sozialdemokraten würden unerbittlich jeden für Oesterreich schädlichen Ausgleich ablehnen. Freiherr von Ved wird also nicht umhin können, sich freies an die von ihm selbst im Anfang dieses Jahres aufgestellte Richtschnur zu halten: „Einen Ausgleich, der den österreichischen Interessen nicht entspricht, werden wir nicht schließen, und in ein Verhältnis, wo uns die auferlegten Beschränkungen von den uns eingeräumten Berechtigungen nicht aufgewogen würden, in einen Zustand wehrloser Gebundenheit werden wir uns nicht begeben.“

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Septbr.

Großherzog von Baden.
Mainau, Nachmittags 5 Uhr: Der Zustand des Großherzogs ist unverändert. Er hat den heutigen Tag in großer Ruhe, zeitweilig auch schlafend verbracht. Die Nahrungsaufnahme ist ausreichend. Gezeichnet Dr. Kleiner, Dr. Dreßler.

Koloniales.
Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der mehrfach gedauerten Befürchtung hinsichtlich einer allgemeinen Abwanderung der Herero nach britischen Gebiete und der sich daraus für die wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas ergebenden Gefahren wird zunächst festgestellt, daß zu erster Beunruhigung kein Anlaß vorliegt. Die Absicht, die Herero schon in allernächster Zeit ganz freizugeben, hat sich zunächst nicht durchführen lassen. Es ist aber der Versuch gemacht worden, die Eingeborenen dadurch mehr an den Ort, an dem sie arbeiten, zu fesseln, daß ihnen etwas Kleinvieh — etwa zwei Mutterziegen auf die aus durchschnittlich 5 Köpfern bestehende Familie — gegeben wurde. Dieses Kleinvieh bleibt im Eigentum der Regierung, doch haben die Herero die Nutzung und die Erlaubnis, von den Ziegen einlamm zu kaufen. Als den mehr als 1000 im Windhuker Gefangenenkreis befindlichen Herero nunmehr diese Maßregel mit dem Bemerkung mitgeteilt wurde, daß ihnen das Jungeländnis als Lohn für ihre gute Führung gewährt würde, waren sie sichtlich sehr erfreut. Wenn in Windhuk neue Resultate damit erzielt werden, soll der Versuch auch auf andere Gefangenenkreise ausgedehnt werden.

Luftschiffahrt.
Berlin. (Priv.-Tel.) Major v. Parveval hat sich über die Verwendung von Luftschiffen für Kriegszwecke dahin geäußert: Ich nehme an, daß der lenkbare Luftballon in vervollkommneter Weise das leisten wird, was er schon in früheren Kriegen geleistet hat. Er wird Erkunder sein und auf direktem und zeichentragendem Wege Nachrichten übermitteln. Dem Problem, den Ballon als Waffe zu benutzen, sehe ich ziemlich skeptisch gegenüber. Ueber die Erfolgsmöglichkeiten des Amerikaners Wellman äußerte v. Parveval, er denke, daß die Wellman-Expedition, wenn sie noch einmal unternommen, d. h. versucht werden sollte, mit einem vollständigen Mißfolge enden müsse. Eine Erforschung des Nordpols mit Luftballon habe nach seiner Ansicht noch nicht eine Chance auf hundert.

Motorballon der Studiengesellschaft.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Fahrten mit dem Motorballon der Studiengesellschaft, die am Sonnabend einen erfolgreichen Abschluß gefunden hatten, erfahren eine Unterbrechung von mehreren Wochen, da die Reservisten jetzt entlassen werden und infolgedessen nicht genügend ausgebildete Hilfsmannschaften für weitere Fahrten in Tegel zur Verfügung stehen. Für das nächste Jahr ist der Bau eines neuen Motorballons geplant, da die Hälfte den Anforderungen, die an sie in Bezug auf Dichtigkeit gestellt werden, nicht mehr in gewöhnlichem Maße entspricht.

Friedrichshafen. (Priv.-Tel.) Von allen Seiten treffen Interessenten der Luftschiffahrt hier ein; auch Major Groß und Major v. Parveval werden erwartet. Das Flugloft ist nach leichter Nachfüllung wieder fahrbereit und wird heute nachmittags mit dem Grafen Zeppelin als Führer und Prof. Geraciell als Reichskommissar von neuem aufsteigen.

Zur Lage in Marokko.
Paris. Aus Casablanca wird von gestern gemeldet: Eine Erkundungsabteilung drang bis in das Lager von Taddert vor, ohne einem Marokkaner zu begegnen. Auf dem Rückwege wurde von der Abteilung das Gelände im Westen untersucht und ein südlich der Farm Alvaras gelegenes Gehöft in Brand gesetzt. Die Abteilung ist in das Lager zurückgekehrt, ohne einen Schuß abgefeuert zu haben. General Trude telegraphiert: Im Osten und Westen von Casablanca macht sich ein allgemeines Nachlassen der Erregung bemerkbar. In einem Umkreise von 20 Kilometern ist keine Ansammlung von Marokkanern zu sehen. In weiterer Entfernung sind eine oder zwei kleinere feindliche Gruppen gesichtet worden. Aus dem Süden wird gemeldet, daß ein paar kleine Gruppen der Stämme Dakra, Medaid und Tuffala gesehen worden sind. Wenn diese an Zahl zunehmen sollten, so werde General Trude die notwendigen Maßnahmen treffen, um sie zu zerstreuen.

Lohnbewegungen.
München. (Priv.-Tel.) Die hier neuerdings streikenden Möbeltransportarbeiter überließen Arbeitswillige und mißhandelten sie. In einem Falle konnten 30 Polizeileute erst nach drei Stunden Ordnung schaffen. Acht Verhandlungen sind erfolgt.

Prinns sterilisierter Kindermilch
Dresdner Molkefabrik Gebr. Prinn, Bautzener Str. 79/81